

# **AfA-Unterbezirk Unna diskutiert mit Minister über öffentlich geförderten Arbeitsmarkt im Kreis Unna“**

SPD AfA-Unterbezirk Unna diskutiert das Thema „ öffentlich geförderter Arbeitsmarkt im Kreis Unna“ mit dem NRW Landesminister für Arbeit, Integration und Soziales, Reiner Schmelzer. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 2. März, um 18 Uhr im Technopark in Kamen statt.

Dazu schreibt der AfA-Unterbezirksvorsitzende Jens Schmülling: „Seit Jahren boomt die Wirtschaft in Deutschland, die Zahl der beschäftigten Menschen steigt kontinuierlich. In NRW ist die Zahl der Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit 23 Jahren. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit, auch im Kreis Unna, ist dennoch vor Ort zu beobachten, dass ein viel zu hoher Anteil von erwerbsfähigen Menschen im Kreis sich in einem verfestigten Zustand der Beschäftigungslosigkeit bewegt.

Trotz der sehr guten Rahmenbedingungen profitieren längst nicht alle Menschen von der guten Konjunkturlage. Viele Menschen, die als Langzeitarbeitslose Leistungen nach dem SGB II beziehen, schaffen den Schritt aus der Arbeitslosigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis nicht mehr alleine. In NRW sind hiervon mehr als 300.000 Menschen betroffen, was wiederum den Kreis Unna und seine kreisangehörigen Kommunen in besonderer Weise betrifft.

Die SPD AfA im Kreis Unna möchte diesem Zustand durch die Schaffung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes im Kreis begegnen. Statt Arbeitslosigkeit wollen wir den Menschen eine sinnstiftende Arbeit anbieten und damit nicht länger Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern vielmehr einen öffentlich geförderten Arbeitsplatz.

Wie dies funktionieren kann, wo dies schon funktioniert, welche Herausforderungen hierfür gemeistert werden müssen und wie die Theorie

in die Praxis umgesetzt werden kann, das alles wollen wir mit dem zuständigen Minister des Landes NRW und Mitglied des Landtages NRW, Herrn Reiner Schmeltzer, diskutieren.“

---

## **Oliver Kaczmarek stellt sich den Fragen der Neuntklässler des Städtischen Gymnasiums Bergkamen**

An diesem Donnerstag erhielt der neunte Jahrgang des Städtischen Gymnasiums Bergkamen Besuch aus dem Bundestag. Rund eine Stunde stellte sich MdB Oliver Kaczmarek im Pädagogischen Zentrum der Schule den Fragen der Schülerinnen und Schüler. Durch das Gespräch führte ein Moderationsteam, bestehend aus Kübra Karabina, Laureen Ludwig und Lisa-Marie Kardatzki aus der Klasse 9a.



Oliver Kaczmarek mit dem Moderationsteam (v.l.) Kübra Karabina, Laureen Ludwig und Lisa-Marie Kardatzki. Fotos: SGB/M. Fahling

Die drei befragten Oliver Kaczmarek zu seinem beruflichen Werdegang, zu seinen Aufgabenbereichen und zu aktuellen politischen Themen. Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel war unter anderem ebenso Thema wie auch seine Meinung zu Donald Trump. Auch die eine oder andere private Frage beantwortete der Kamener bereitwillig. Zudem hatten die Schülerinnen Fragen zum Bereich Schule, insbesondere zu G8/G9.



Hintergrund des Kaczmarek-Besuchs am SGB war die Jahrgangsstufenfahrt nach Berlin Ende Januar. Während rund 80 Jugendliche auf Schulschiffahrt gingen, erkundeten 42 für fünf Tage die Hauptstadt. Auf Einladung des Politikers waren die Bergkamener auch auf

Stippvisite im Bundestag, nahmen an einem Informationsvortrag teil und genossen den Ausblick aus der Reichstagskuppel. Da in besagter Woche allerdings keine Bundestagsdebatten anstanden, war Oliver Kaczmarek turnusmäßig in seinem Wahlkreis unterwegs.

---

## Zentrale Ausländerbehörde soll nach Unna kommen

Der Kreis soll die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) von der Stadt Dortmund übernehmen und damit im Auftrag und auf Kosten des Landes die dritte Fachbehörde dieser Art in Nordrhein-Westfalen betreiben.

Über den derzeitigen Stand der Gespräche informierte die Verwaltung am Montag den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, denn da es sich um eine neue, freiwillige Aufgabe handelt, muss der Kreistag zustimmen. Das Fachgremium ebnete dafür mit seinem Empfehlungsbeschluss den Weg.

Derzeit befinden sich die Zentralen Ausländerbehörden in Bielefeld, in Köln und (noch) in Dortmund. Die Anfrage des

NRW-Innenministeriums zur Übernahme der Aufgabe kam kurz vor Weihnachten. Offiziell an den Start gehen soll die ZAB im Kreis Anfang Januar 2018. In den nächsten Monaten wird es deshalb darum gehen, organisatorische und räumliche Fragen zu klären sowie das Personal zu gewinnen.

Die ZAB sind für die Rückführung von ausreisepflichtigen Menschen zuständig. Dazu gehören die Beschaffung von Dokumenten ebenso wie der Kontakt zu anderen Behörden im In- und Ausland, die ausländerrechtliche Betreuung inhaftierter Ausreisepflichtiger oder auch die Unterstützung der örtlichen Ausländerbehörden.

Bei der Übernahme der Aufgabe würde die vom Kreis fürs Land betriebene ZAB zuständig sein für die Ruhrgebietsstädte zwischen Duisburg und Dortmund sowie für die Kreise Ennepe-Ruhr, Olpe, Recklinghausen, Siegen-Wittgenstein, Soest, den Märkischen und den Hochsauerlandkreis.

Räumlich angedockt werden soll die ZAB in Unna-Massen, und zwar dort, wo die Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen bis zur Schließung Mitte 2009 ihren Sitz hatte. Die Anlage wurde im Herbst 2012 vom Land angesichts der Flüchtlingsbewegung als Aufnahmestelle reaktiviert.

Auf dem Gelände ist seit Mitte 2015 außerdem die vom Kreis im Auftrag des Landes betriebene Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Asylbewerber untergebracht. Darüber hinaus gibt es Überlegungen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) an dem Standort anzusiedeln. Nach Einschätzung nicht nur des Landes passt die ZAB damit „gut in die Landschaft“.

Baulich ist allerdings noch einiges zu tun, denn die notwendigen Büroräume gibt es nicht – sie müssen erst geschaffen werden. Immerhin sind rund 60 Planstellen, denkbar sind sogar bis zu 80, vorgesehen. Gesucht wird deshalb ein geeignetes Übergangsquartier. PK | PKU

---

# **Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles besucht Bayer in Bergkamen**

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Arbeitswelt von morgen? Was bedeutet das für die Qualifikation der Beschäftigten? Und welchen Beitrag kann die Industrie leisten, um den technologischen Wandel zu steuern und zu begleiten? Diese Fragen standen kürzlich im Mittelpunkt eines Besuchs von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles bei Bayer in Bergkamen. An dem Gedankenaustausch über die betriebliche Ausbildung und die Zukunft der Arbeit nahm neben der Ministerin und Vertretern des Unternehmens eine hochrangig besetzte SPD-Delegation aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern teil.



Die angehenden Chemikanten Jessica Haubrock und Björn Großkopp erläuterten dem Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek, Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles, Standortleiter Dr. Stefan Klatt und Bayer-Personalvorstand Dr. Hartmut Klusik (vorne v. l.) einen Versuchsaufbau im Sondertechnikum der Ausbildung. Foto: Bayer AG

Dr. Hartmut Klusik, Personalvorstand der Bayer AG, unterstrich den hohen Stellenwert gut ausgebildeter Mitarbeiter und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. „Eine steigende Nachfrage nach anspruchsvolleren Tätigkeiten, die mehr Fachwissen erfordern, ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.“ Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Digitalisierung begrüßte Klusik daher die jüngsten Initiativen der Bundesregierung zur Förderung von Weiterbildung und Qualifikation. Bei der digitalen Transformation müssten die Belegschaften allerdings nicht nur „mitgenommen“ werden, sondern diese vielmehr aktiv gestalten. Wichtig sei dabei die konstruktive Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Betriebsräten auf betrieblicher Ebene.

Sozialpartnerschaft ist am Bayer-Standort Bergkamen gelebte Praxis. „Wir

setzen seit jeher darauf, Interessengegensätze im Konsens zu lösen. Dieses Vorgehen hat sich in der Vergangenheit vielfach bewährt“, bestätigte Standortleiter Dr. Stefan Klatt. Als Beispiel dafür nannte er die 2010 erfolgte deutliche Anhebung der Anzahl der Ausbildungsplätze, obwohl der Arbeitskräftebedarf des Unternehmens im Laufe der vergangenen Jahre in allen Bereichen konstant geblieben ist. „Wir sehen Ausbildung – auch über unseren eigenen Bedarf hinaus – als Teil unserer sozialen Verantwortung und haben diese Initiative des Betriebsrats daher gerne aufgegriffen und umgesetzt.“

Die Ausbildung hat bei Bayer in Bergkamen traditionell einen hohen Stellenwert. Zum einen, um ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Fachkräfte aus den eigenen Reihen ersetzen zu können. Aber auch aus Verantwortung gegenüber dem nachbarschaftlichen Umfeld des Standorts. „Als größter Ausbildungsbetrieb der Region fühlen wir uns verpflichtet, möglichst vielen jungen Menschen eine fundierte Ausbildung und damit eine gute Basis für den Start in das Berufsleben zu verschaffen“, betonte Klatt.

Mit der Ministerin und den weiteren Gästen war sich der Standortleiter darin einig, dass es künftig noch besser gelingen müsse, junge Frauen für technische Berufe zu interessieren. „Wir werden es uns auf Dauer nicht leisten können, dieses Potential nicht optimal zu nutzen“, so die gemeinsame Überzeugung der Gesprächsteilnehmer aus Politik und Wirtschaft.

---

# **Bundestagsabgeordneter Oliver Kaczmarek stellt sich den**

# Fragen der Neuntklässler des Gymnasiums

Am Donnerstag, 23. Februar, erhält der neunte Jahrgang des Städtischen Gymnasiums Bergkamen Besuch aus dem Bundestag. Zwischen 14 und 15 Uhr stellt sich MdB Oliver Kaczmarek im Pädagogischen Zentrum der Schule den Fragen der Schülerinnen und Schüler. Durch das Gespräch führt ein Moderationsteam, bestehend aus Schülerinnen und Schülern, die Ende Januar im Rahmen der Jahrgangsstufenfahrt für fünf Tage die Bundeshauptstadt Berlin besuchten.

Das ist auch der Hintergrund des Kaczmarek-Besuchs am SGB. Auf Einladung des Politikers waren die Jugendlichen auch auf Stippvisite im Reichstag, nahmen an einem Informationsvortrag teil und genossen den Ausblick aus der Reichstagskuppel. Da in besagter Woche allerdings keine Bundestagsdebatten anstanden, war Oliver Kaczmarek turnusmäßig in seinem Wahlkreis unterwegs. Nun wird das Treffen im Rahmen einer Gesprächsrunde nachgeholt.

---

## **CDU-NRW bestätigt gute Listenplätze für heimische Bundestagskandidaten**

Gute Platzierungen auf der Landesliste der NRW-CDU für die Bundestagswahl 2017 erreichten die beiden heimischen Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe (Wahlkreis Unna I) und Sylvia Jörrißen (Wahlkreis Unna II/Hamm). Während der Landesvertreterversammlung am vergangenen Samstag in Bad

Sassendorf wurde Hubert Hüppe MdB (Werne) mit 97,9 Prozent der 238 abgegebenen Delegiertenstimmen auf Listenplatz 18 und Sylvia Jörrißen MdB (Hamm) mit 210 von 227 Delegierten auf Listenplatz 36 gewählt.



Sylvia Jörrißen, Hermann Gröhe und Hubert Hüppe.

„Damit konnten sich unsere beiden Abgeordneten gegenüber der letzten Bundestagsliste jeweils verbessern und sich nun berechnete Hoffnung machen, auch in der nächsten Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag anzugehören“, freut sich der heimische CDU-Kreispartei-­chef Marco Morten Pufke (Bergkamen) für die örtlichen Christdemokraten. Bei der letzten Bundestagswahl stand der Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe auf Platz 19 und Sylvia Jörrißen, die 2013 erstmals kandidierte, auf Platz 42 der Landesreserveliste der CDU-NRW.

Insgesamt umfasst die Reserveliste der Union für die nächste Bundestagswahl, die am 24. September stattfinden wird, 83 Kandidatinnen und Kandidaten. NRW-Spitzenkandidat ist diesmal Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (Neuss), der mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen auf Platz eins der Landesliste gewählt wurde. Der engagierte Christ und erfolgreicher Gesundheitsminister, der bei der Bundestagswahl 2013 als CDU-Generalsekretär erfolgreich den Wahlkampf von Bundeskanzlerin Angela Merkel gemanagt hat, löst als Spitzenkandidat den noch amtierenden Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert ab, der nicht mehr für den Deutschen Bundestag kandidieren

wird. Auf Platz zwei folgt Karl-Josef Laumann (Steinfurt), die Stimme Westfalens und das soziale Gesicht der CDU.

Der CDU-Kreisverband Unna war mit insgesamt fünf stimmberechtigten Vertretern bei der Landesvertreterversammlung dabei: Marco Morten Pufke (Bergkamen), Ina Scharrenbach MdL (Kamen), Hubert Hüppe MdB (Werne), Wolfgang Barrenbrügge (Unna) und Heinrich Böckelühr (Schwerte).

---

## **Bergkamen hat jetzt eine Jugendberufsagentur**

Seit einigen Monaten bereiten die Stadt Bergkamen, die Arbeitsagentur und das Jobcenter die Gründung einer „Jugendberufsagentur Bergkamen“ vor, am Freitagmorgen ist sie nun im Rathaus per Unterschrift von Bürgermeister Roland Schäfer, dem Chef der Agentur für Arbeit Hamm, Thomas Helm, und dem Geschäftsführer des Jobcenters Kreis Unna Uwe Ringelsiep vollzogen worden.



Unterschriften unter den Kooperationsvertrag (v. l.): Thomas Helm, Roland Schäfer, Beigeordnete Christine Busch und Uwe Ringelsiep.

Ziel der Jugendberufsagentur ist es, den Entwicklungsweg junger Menschen von der Schule über die Ausbildung bis zum dauerhaften Einstieg in das Erwerbsleben nachhaltig zu unterstützen. Das geschah zwar in der Vergangenheit auch schon, neu ist aber, dass nun die jungen Leute, die Hilfe benötigen, sich jetzt nur noch an eine Institution, an die Jugendberufsagentur zu wenden brauchen.

Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gilt es in erster Linie, eine Ausbildungsstelle zu finden oder die Ausbildungsfähigkeit herzustellen. Das Jugendamt erweitert hierzu seine Aufgaben. Das heißt, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus den von ihm betreuten Familien künftig neben Hilfen zur Erziehung auch Hilfe bei der beruflichen Integration erhalten werden.

---

# **Bundesversammlung wählt Bundenpräsidenten: Rüdiger Weiß ist dabei**

Vier Sozialdemokraten aus dem Kreis Unna werden am kommenden Sonntag mitstimmen, wenn es um die Wahl eines neuen Bundespräsidenten geht.

Neben den Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek und Michael Thews, die qua Amt der Bundesversammlung angehören, hat die SPD-Landtagsfraktion Arbeitsminister Rainer Schmeltzer und den Landtagsabgeordneten Rüdiger Weiß aus Bergkamen ebenfalls entsandt.

„Wir werden Frank Walter Steinmeier als Wahllleute unterstützen. Er ist eine ausgezeichnete Wahl für das höchste Amt im Staat und er wird in unübersichtlichen Zeiten mit seiner politischen Erfahrung Orientierung geben.“, ist sich SPD-Unterbezirksvorsitzender Oliver Kaczmarek sicher. Steinmeier wird von einem breiten politischen Spektrum aus SPD, CDU, CSU, FDP getragen und könnte am Sonntag nach Gustav Heinemann und Johannes Rau der dritte Sozialdemokrat als Bundespräsident werden.

---

## **Beratung übers neue KombiBad in der Verlängerung: Wer soll**

# es künftig betreiben?

Das Thema „Bäderkonzept“, also der geplante Neubau eines Kombibads am Häupenweg in Weddinghofen steht zwar auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bergkamener Stadtrats am 16. Februar, doch weitere wegweisende Entscheidungen sind dennoch nicht zu erwarten.



Das Hallenbad in Bergkamen.

„Im Hinblick darauf, dass mit dem Neubau eines Bades eine weitreichende Entscheidung und Festlegung getroffen wird, die sowohl das zukünftige Angebot für die unterschiedlichen Nutzergruppen betrifft wie auch die kommunalen Finanzen besteht Einigkeit darüber, dass die genannten Aspekte mit Bedacht und ohne Zeitdruck beraten werden“, heißt es in der schriftlichen Vorlage zur Sitzung, die von der zuständigen Beigeordneten Christine Busch unterzeichnet und jetzt an die Ratsmitglieder verschickt wurde.

Auslöser für diese Denkpause war offensichtlich die Fahr der Fraktionsvorsitzenden mit Vertretern der Verwaltung nach Lippstadt. Dort wollten sie sich eigentlich nur das Cabriodach des Hallenbads als mögliche Ausstattungsvariante für das künftige Bergkamener Kombibad anschauen. Vor Ort stellte allerdings die Bergkamener Delegation fest, dass das „CabrioLi“, so der Name des Lippstädter Kombibad, weitere Besonderheiten hat.

Der Innenbereich verfügt über ein Sportbecken mit sechs Bahnen, ein Kursbecken mit Hubboden und ein Erlebnisbecken mit Strömungskanal und Massageliegen. Im Außenbereich finden die Badegäste auf über 10.000 qm Fläche ein großes Sportbecken mit Sprunganlage, ein Beachvolleyballfeld, einen Kinderspielplatz, eine Liegewiese und eine Sonnenterrasse.

Auf besonderes Interesse stieß bei diesem Besuch aber auch das Betreibermodell: Eigentümerin des CabrioLi sind die Stadtwerke Lippstadt, für die Betriebsführung ist aber eine andere Gesellschaft, die DSBG (Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft) verantwortlich).

Neben die Frage, wie soll das künftige Bergkamener Kombibad aussehen, ist jetzt also die mindestens ebenso wichtige Frage getreten: Wer soll das Kombibad betreiben?

„Hierüber beraten derzeit die Fraktionen und die Verwaltung und es sind in dieser Sache selbstverständlich die weiteren Gespräche mit der GSW GmbH als Eigentümerin und derzeitige Betreiberin der Bäder notwendig“, heißt es dazu in der Vorlage für den Stadtrat.

---

## **Schnelles Internet auch für Bergkamen – Förderantrag über 3,4 Mio. Euro soll jetzt gestellt werden**

Nach den Plänen der Bundesregierung soll Deutschland eine flächendeckende Internetversorgung mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s bis 2018 erhalten. Hier soll Bergkamen natürlich nicht nachstehen. In der nächsten Sitzung wird der Stadtrat am 16. Februar über einen Förderantrag beraten, den die Stadt gemeinsam mit den Nachbarkommunen Kamen und Bönen stellen wird.

Viele Bergkamener Haushalte sind noch über das altherwürdige Kupferkabel mit dem World Wide Web verbunden. Wer Glück hat, erreicht eine Geschwindigkeit von bis 6 Mbit/s. In manchen

Straßenzügen ist es noch nicht einmal 1 Mbit/s.

Wie das schnelle Internet in Bergkamen zum Laufen gebracht werden kann, hat inzwischen die MICUS Strategieberatung GmbH im Auftrag der Stadt ermittelt. Demnach wird die Stadt oder eine Betreibergesellschaft Eigentümerin des Netzes. Der größte Teil der Investitionssumme soll über die Entgelte der Nutzer hereingebracht werden.

Allerdings hat die MICUS Strategieberatung GmbH auch errechnet, dass es bei diesem Modell immer noch eine Finanzierungslücke von 3,4 Mio. Euro gibt. Auf diese Summe bezieht sich der Förderantrag. Da Bergkamen immer noch eine sogenannte „HSK-Gemeinde“ (Haushaltssicherungskonzept) ist, würden der Bund und das Land jeweils 50 Prozent der 3,4 Mio. Euro übernehmen. Schlimmstenfalls müsste Bergkamen zur Behebung der Finanzierungslücke 10 Prozent, also 340.000 Euro, aus eigener Kasse zahlen. Dann nämlich, wenn Bund und Land zur Überzeugung kommen, dass Bergkamen keine HSK-Kommune sei.

---

## **Grüne machen sich für die Einführung einer Katzenschutzverordnung im Kreis Unna stark**

Die Grünen im Kreis Unna machen sich für die Einführung einer Katzenschutzverordnung stark. Am Montag hatten sie zu diesem Thema zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.



Katzen, die sich nicht nur in der Wohnung, sondern auch draußen aufhalten, sollen kastriert werden.

An die 50 Tierschützerinnen und Tierschützer aus dem gesamten Kreis Unna und aus der Nachbar-Kommune Hamm trafen auf den tierschutzpolitischen Sprecher der Grünen Landtagsfraktion: Martin Sebastian Abel berichtete über die rechtlichen Voraussetzungen und Hintergründe. Auch seine Erfahrungen aus anderen NRW Kommunen bei der Einführung der Katzenschutzverordnung stimmten die Anwesenden hoffnungsvoll und führten zu einem lebhaften Austausch.

Eine Ablehnung der Katzenschutzverordnung mit der Einführung der Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen darf aus seiner Sicht nicht begründet werden mit der Rechtfertigung, dass möglicherweise eine wertvolle Perser-Rassekatze fälschlicherweise kastriert wird. Dieser Fall ist in ganz NRW noch nie eingetreten. Ausnahmeregelungen lässt im Übrigen die Verordnung zu und können sehr einfach kontrolliert werden.

Eindringlich schilderten einige Vertreterinnen der Tierschutzvereine, dass sie seit Jahren aufgrund des nicht versiegen wollenden Stroms von leidenden verwilderten kranken und Not leidenden Katzen keine Möglichkeit für weitere Tierschutzarbeit haben. Sie warten inständig auf die Einführung.

Stephanie Schmidt als tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen Kreistagsfraktion berichtete vom aktuellen Sachstand im Kreis Unna. Dank der fleißigen Rückmeldungen von Tierschutzvereinen und Tierärzten steht rein rechtlich fast im gesamten Kreisgebiet der Einführung nichts mehr entgegen. Abgesehen von Werne und Selm scheint schon die rechtliche Voraussetzung erfüllt.

Lediglich die fehlenden Haushaltsmittel für die Kastrationen der Tiere, die keine Besitzer haben, könnten noch ein Problem darstellen. Herbert Goldmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag kündigte an, dafür notfalls eine außerplanmäßige Bereitstellung beantragen zu wollen.

Personell würden die Tierschutzvereine den Kreis unterstützen wollen. Ein gemeinsames Treffen aller relevanten Akteure schon im März steht in Aussicht. Die Vorsitzende des Arbeitskreises Tier-, Umwelt- und Naturschutz des Grünen Kreisverbands und Moderatorin des Abends Carola Schiller fand abschließend das Fazit, die Tierschutzvereine machen einen unglaublich guten Job, sogar über ihre Kraftgrenzen hinaus. Mit diesem Lob dankte sie den Anwesenden und versprach, die Einführung der Katzenschutzverordnung weiter zu begleiten.